



Regionalgeschichte als Migrationsgeschichte: Räumliche Bevölkerungsbewegungen aus, in und nach Niedersachsen vom späten 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Arbeitskreis für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, 15.06.2013.

Reviewed by Wolfgang Brandes

Published on H-Soz-u-Kult (September, 2013)

Regionalgeschichte als Migrationsgeschichte: Räumliche Bevölkerungsbewegungen aus, in und nach Niedersachsen vom späten 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart

Die 29. Tagung des Arbeitskreises für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen fand am 15. Juni 2013 im Joseph-Joachim-Saal der Stiftung Niedersachsen in Hannover statt. Die Zusammenkunft widmete sich dem Thema „Regionalgeschichte als Migrationsgeschichte: Räumliche Bevölkerungsbewegungen aus, in und nach Niedersachsen vom späten 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart.“ Wie JOCHEN OLTMER (Osnabrück) in seiner Einführung betonte, sollte die Tagung der Frage nachgehen, welche Perspektiven sich aus der Beschäftigung mit globaler Migrationsgeschichte für die Regionalgeschichte ergäben. Da sich Ab- und Zuwanderungen schwerpunktmäßig auf bestimmte Regionen bezogen hätten, dürfe nicht nur auf die staatliche Ebene geachtet werden. Vielmehr gelte es, transregionalen Beziehungen nachzuspüren. Oltmer erschien dabei fünf Aspekte besonders wichtig: Migration schaffe transregionale Bezüge und transregionale Räume. Sie sei das Ergebnis transregionaler Beziehungen transregionaler Räume. Migration bilde für Regionalität bzw. regionale Identitäten als Ergebnis von Aushandlungsprozessen eine Herausforderung. Im Kontext von Migration bilde regionale Identität eine Ressource. Regionale Identität unterliege im Prozess der Migration erheblichen Veränderungen.

ROBERT FUCHS (Köln) sprach über „Heirat in der Fremde: Norddeutsche Auswanderer in Cincinnati im späten 19. Jahrhundert“. Er sah im Heiratsverhalten einen wichtigen Indikator dafür, wie gut oder wie weni-

ger gut eine Gruppe in die Aufnahmegesellschaft integriert worden sei. Die deutschen Einwanderer hätten im 19. Jahrhundert in den USA dazu tendiert, in den Städten ethnisch abgeschottete Strukturen aufzubauen und sich an bestimmten Trennlinien zu orientieren wie regionaler Herkunft, Konfession und sozialer Stellung, aber auch Zeitpunkt der Einwanderung oder politische Einstellung. Als Fallbeispiel biete sich Cincinnati an, da von dessen 255.000 Einwohnern 1880 immerhin 42 % Deutsch-Amerikaner gewesen seien. Wie der Zensus von 1880 zeige, hätten in der ersten Generation 93 % der Männer und 95,5 % der Frauen ethnisch endogam, also innerhalb der Gruppe der Deutschen, geheiratet. In der zweiten Generation hätten die Quoten bei 81 % der Männer bzw. 88 % der Frauen gelegen. Fuchs erläuterte, dass es bei den nordwestdeutschen Einwanderern eine hohe regionale Endogamie, aber eine niedrige ethnische Exogamie gegeben habe. Um die regionale Endogamie zu gewährleisten, hätten Freunde und Verwandte die Heiraten vermittelt, wozu oftmals schon im Vorfeld der Einwanderung mit den Frauen Absprachen getroffen worden seien. Wenn keine Person aus dem nordwestdeutschen Bereich geheiratet worden sei, habe die Eheschließung zu 62 % mit Personen aus Preußen stattgefunden. Signifikant wenige Eheschließungen erfolgten dagegen mit Personen aus Zentralwest- und Zentralostdeutschland. Wenn außerhalb der eigenen Gruppe geheiratet worden sei, seien Niederländer als bevorzugte Ehepartner gewählt worden. Dieses Verhalten habe sich aber in der zweiten Generation abgeschwächt. Zur Erklärung dieses Verhaltens

verwies Fuchs auf strukturelle Gründe, die mit der Größe der Gruppe zusammengehangen hätten: Es verstärkte sich dann der soziale Druck, innerhalb der Gruppe und entsprechend ihrer Normen zu heiraten. Es habe Kettenwanderungen gegeben, die zur Ausbildung einer intensiven landsmannschaftlichen Infrastruktur mit von anderen Gruppen separierten Teilheiratsmärkten geführt hätten. Für die spezifische Partnerwahl gäbe es auch kulturelle Hintergründe wie Sprache, Konfessions- bzw. Denominationszugehörigkeit. Aber auch der Sozialstatus habe eine große Rolle gespielt. Die Präferenzen der ersten Generation hätten sich aber schon in der zweiten Generation aufgelöst. Statt auf eine regionale Identität Bezug zu nehmen, hätten sich die Personen jetzt eher als Deutsch-Amerikaner gefühlt.

JAN KAUFHOLD (Osnabrück) befasste sich mit „Innerstädtischer Mobilität im nordwestdeutschen Raum in den Jahren 1931-1936 am Beispiel des Siedlungsprogramms ‚vorstädtische Kleinsiedlung‘“. Das im Zuge der 3. Notverordnung 1931 initiierte Programm habe zur Abwanderung von mehr als einer halben Million Menschen aus den Stadtzentren in vorstädtische Kleinsiedlungen geführt. Das Programm habe unter anderem auf staatlich unterstützte Kurzarbeiter gezielt, denen in der Kleinsiedlung die Möglichkeit zur Selbstversorgung gegeben werden sollte. Bei der Siedlerauswahl sei darauf geachtet worden, dass es sich nicht um vermeintlich „asoziale“ Menschen handelte, sondern um Personen, die mit der kargen Anlage der Siedlungen und der Aussicht auf eine bessere Zukunft zufrieden sein sollten und in der Lage wären, an der Errichtung der auf Kostenersparnis ausgelegten Siedlerhäusern mitzuwirken und die Siedlerstellen zu bewirtschaften. In der NS-Zeit sei dann das Kleinsiedlungsprogramm ins Zentrum der Wohnungsbaupolitik gerückt, habe es doch unter dem Primat von Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftlichkeit gestanden. Bei der Auswahl der Siedler sei nun die Rassenpolitik der Nationalsozialisten ausschlaggebend geworden. Während das Programm vorher allem in Großstädten umgesetzt worden sei, habe sich der Schwerpunkt nun auf Klein- und Mittelstädte verlagert. Ab 1935 habe dann der Wandel zur Stamarbeitersiedlung eingesetzt. In der Nähe der neu entstehenden Industrie- und Rüstungskomplexe habe preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden sollen. Die Bevölkerungsbewegung im Kontext des Kleinsiedlungsprogramms habe also im interdependenten Spannungsfeld sich verändernder politischer Systeme und einer wirtschaftlichen Situation gestanden, die sich innerhalb weniger Jahre von einer tiefen Krise zu einer relativ florierenden Wirtschaft transformiert habe. Außer durch

die wirtschaftliche Situation seien die Kleinsiedlungsprogramme vor allem durch die migrationspolitischen Maßnahmen stark determiniert worden. Staatliches Handeln habe die Programme sowohl in der Weimarer Republik als auch in gesteigerter Form im Nationalsozialismus geformt, gesteuert und konfiguriert.

ARNE HOFFRICHTER (Göttingen) skizzierte die Entwicklung „Von der Berliner Luftbrücke zum Notaufnahmegesetz: Das Durchgangslager Uelzen-Bohldamm und die Flüchtlingstransporte als Streitfall zwischen den westdeutschen Ländern.“ Das Lager Uelzen-Bohldamm erfüllte zunächst von seiner Gründung im Herbst 1945 bis zum Auslaufen der großen Vertriebenen Transporte im Sommer 1947 die Funktion einer Schleuse beim kontrollierten Durchlass für die unter der Chiffre Flucht und Vertreibung zusammengefassten Bevölkerungsbewegungen. Von Mai 1947 bis zur Schließung 1963 war das Lager zuständig für die Zuwanderung von Flüchtlingen aus der SBZ bzw. DDR. Zunächst sei jeder Einwanderer aufgenommen und in den vorhandenen Wohnraum eingewiesen worden, was aber die Kapazitäten überschritten habe. Deshalb sollte nur noch aufgenommen werden, wer Vertriebener war, Familienzusammenführung beantragen oder einen Nachweis für seine politische Verfolgung erbringen konnte. Die Entscheidung darüber habe bis Mitte 1949 allein die Lagerleitung getroffen. Die Flüchtlinge aus der SBZ hätten nunmehr zumeist als „illegale Grenzgänger“ gegolten, die jedoch nicht zwangsweise zurückgeführt worden seien. In den Mittelpunkt sei dann die Frage nach der Verteilung der SBZ-Flüchtlinge auf die einzelnen Bundesländer gerückt. Die niedersächsischen Stellen hätten auf die Überbelegung ihres Landes mit Vertriebenen und Flüchtlingen hingewiesen und einen Ausgleich angemahnt. Seitens der Militärregierung sei zunächst aber nur Schleswig-Holstein durch eine Weiterleitung der Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen entlastet worden. Da bei den Ländern keine Klarheit geherrscht habe, wer für die Aufnahme welcher Flüchtlinge zuständig war, sei es zu einem Rundlauf von Lager zu Lager gekommen, bevor viele der Flüchtlinge dann letztlich in Uelzen-Bohldamm aufgenommen worden seien. Dies habe insbesondere für die Luftbrückenflüchtlinge gegolten: Sie seien nach Berlin geflüchtet und dann von den „Rosinenbomben“ ausgeflogen worden. Da sie in Berlin Interzonenpässe erhalten hätten, seien sie vom Land Nordrhein-Westfalen nach Uelzen-Bohldamm geschickt worden. Geschwächt von den Strapazen eines solchen Rundlaufs seien zwei Säuglinge erkrankt und in Uelzen-Bohldamm gestorben, was den niedersächsischen Flüchtlingsminister Heinrich Albertz darin bestärkt habe, mit

Nachdruck eine Lösung herbeizuführen. Gestützt auf einen Landtagsbeschluss habe er Anfang Juli 1949 das Lager Uelzen-Bohldamm solange schließen lassen, bis kurz darauf in Form der „Uelzener Entschließung“ eine Einigung der Länderregierungen über die Weiterleitung in noch aufnahmefähige Lager erzielt worden sei.

PHILIPPA SÖLDENWAGNER (Braunschweig) wies hin auf den „Kulturkontakt“ in der Schalterhalle: Die Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten in niedersächsischen Postämtern in den 1960er-Jahren“. Rücküberweisungen, die zwischen 1955 und 1973 schätzungsweise 45 Mrd. DM ausgemacht hätten, seien für die Arbeitsmigranten, die zunächst nur einen vorübergehenden Aufenthalt in der Bundesrepublik angestrebt hätten, von existentieller Bedeutung gewesen. Sie hätten dem Unterhalt der zurückgebliebenen Familienangehörigen gedient, sie seien aber auch für die Zeit nach der Rückkehr angespart worden. Allerdings sei es nur selten möglich gewesen, das Geld persönlich in die Heimat zu bringen, und auch die Eröffnung eines Bankkontos sei für die Arbeitsmigranten mit Schwierigkeiten verbunden gewesen. Im Zuge der Förderung der Anwerbung von „Gastarbeitern“ habe das Bundespostministerium verfügt, die ausländischen Arbeitnehmer in das vereinfachte Auslandsüberweisungsverfahren einzubeziehen. Der Geldtransfer per Post habe jedoch wegen der Sprachschwierigkeiten eine Herausforderung dargestellt, weshalb er oftmals in Gruppen vorgenommen worden sei. Im Vergleich zu anderen Dienstleistungen sei er zeitaufwändig gewesen, so dass das Verhältnis zwischen Einzählern und Schalterpersonal nicht ohne Spannung geblieben sei. Die Postbeamten hätten den Arbeitsmigranten Hilflosigkeit beim Ausfüllen der Formulare und südländische Impulsivität zugeschrieben. Auf Seiten der Arbeitsmigranten habe für Unmut gesorgt, dass 0,5 % der Überweisungen nicht zur Auszahlung gekommen seien und es bis zu acht Monate bis zur Ersatzzahlung gedauert habe. Die Post habe versucht, sich auf die neue Kundschaft einzustellen und die Verständigung durch den Einsatz von Kräften mit Fremdsprachenkenntnissen zu verbessern. Auch die Ersatzzahlungen seien neu geregelt worden. Allerdings habe dies das Sinken des Anteils der Post an den Rücküberweisungen in den 1960er-Jahren nicht verhindern können. Gründe dafür seien die Einführung der bargeldlosen Lohnzahlung und die Änderung des Migrationsziels zumindest eines Teils der ausländischen Arbeitskräfte gewesen. Immer mehr Arbeitsmigranten hätten sich darauf eingestellt, in der Bundesrepublik zu verbleiben. Dementsprechend hätten Kreditinstitute der entsendenden Länder Filialen in der Bundesrepublik eröffnet.

MARIE-THERES VOLK (Osnabrück) ging ein auf den Wandel „Vom Migranten- zum anerkannten Ausbildungsberuf: Italienische Speiseeiskonditoren in Niedersachsen seit den 1960er-Jahren“. Volk berichtete, dass 90 % der handwerklich arbeitenden Gelatieri aus 37 Dörfern in den beiden kleinen Tälern Val di Zoldo und Val di Cadore in der Region Belluno (Provinz Venetien) kämen. Strukturelle Gründe hätten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Abwanderung geführt. Nach einer verheerenden Überschwemmung sei unter anderem in Österreich Arbeit gesucht worden – bis 1866 habe das Königreich Lombardo-Venetien zur Habsburgermonarchie gehört. Nachdem es gelungen gewesen sei, sich in Wien mit Erfolg als Eismacher zu betätigen, sei später auch Deutschland Ziel der Gelatieri, die ihr Produkt zu meist aus dem Eiswagen verkauft hätten, geworden. Der sich einstellende Erfolg habe eine Kettenwanderung ausgelöst: Immer mehr Personen hätten nun in den Sommermonaten Eis verkauft, die Wintermonate aber in der Heimat verbracht. Zu einer massiven Ausbreitung sei es nach dem Ersten Weltkrieg durch die Einführung der Eismaschine und des Waffelhörnchens gekommen. Nun seien auch viele Frauen mitgefahren, was für die Gründung und den Betrieb von Eissalons wichtig gewesen wäre. Zu einem regelrechten Boom sei es in den 1960er-Jahren gekommen. Eisdielen hätten den Zeitgeist mit seiner Italiensehnsucht getroffen und sich zum Treffpunkt der Jugendlichen entwickelt. Die Gelatieri hätten weiter an der Pendelmigration festgehalten: acht Monate Eisdielen – vier Monate im Winter in Italien. Im Gegensatz zu anderen angeworbenen Arbeitskräften hätten die Gelatieri ein positives Image genossen. Ein Akkulturationsprozess habe allerdings angesichts der harten Arbeitsbedingungen der Gelatieri kaum stattgefunden. Im Laufe der Generationen hätten sich aber Identitäten verändert. Heute gehe der Lebensstil mit Pendelmigration zurück – was auch damit zusammenhänge, dass sich die Eissaison immer weiter ausgedehnt habe. Die Kinder würden nicht mehr in Italien geboren und später dann auf Internate geschickt. Heute kämen die Kinder in Deutschland zur Welt, wo sie aufwüchsen und sich ihnen auch andere berufliche Perspektiven als die Arbeit im Familienbetrieb bieten würden.

Die zu einer sehr intensiven Diskussion anregenden Vorträge belegten, wie lohnend es ist, globale Migration auf regionale Kontexte zu beziehen, aber neben transnationalen auch transregionale Aspekte zu berücksichtigen. Vielfach können Migrationsprobleme erst verständlich gemacht werden, wenn der Blick zurück auf die Herkunftsregionen geworfen wird. Die vorgestellten unter-

schiedlichen Formen der transnationalen Verbindungen zwischen Herkunfts- und Zielland, die durch die Migration entstanden, haben andererseits dazu beigetragen, dass sich Migration fortsetzte. Neben den in der Tagung angesprochenen Themenfeldern gibt es zahlreiche andere Bereiche, die ebenfalls einer genaueren Betrachtung lohnten, um das Verständnis von Migrationsprozessen zu vertiefen.

Konferenzübersicht:

Jochen Oltmer (Osnabrück): Einführung

Robert Fuchs (Köln): Heirat in der Fremde: Norddeutsche Auswanderer in Cincinnati im späten 19. Jahrhundert

Jan Kaufhold (Osnabrück): Innerstädtische Mobilität

im nordwestdeutschen Raum in den Jahren 1931-1936 am Beispiel des Siedlungsprogramms „vorstädtische Kleinsiedlung“

Arne Hoffrichter (Göttingen): Von der Berliner Luftbrücke zum Notaufnahmegesetz: Das Durchgangslager Uelzen-Bohldamm und die Flüchtlingstransporte als Streitfall zwischen den westdeutschen Ländern

Philippa Söldenwagner (Braunschweig): „Kulturkontakt“ in der Schalterhalle: Die Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten in niedersächsischen Postämtern in den 1960er-Jahren

Marie-Theres Volk (Osnabrück): Vom Migranten zum anerkannten Ausbildungsberuf: Italienische Speiseeiskonditoren in Niedersachsen seit den 1960er-Jahren

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Wolfgang Brandes. Review of , *Regionalgeschichte als Migrationsgeschichte: Räumliche Bevölkerungsbewegungen aus, in und nach Niedersachsen vom späten 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. September, 2013.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=40008>

Copyright © 2013 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.